

Europa bewegt sich – langsam E

VON JOSEF JOFFE

Es gab einmal eine Europäische Gemeinschaft, die sich anschickte, ein gemeinsames Europa zu bauen. Das war vor 30 Jahren. Inzwischen – siehe den Brüsseler Gipfel der Zwölf – geht es längst nicht mehr um Visionen, sondern um Fettsteuern, Rapspreise und Grenzausgleichszahlungen. Es geht – um es mit der gebotenen Brutalität auszudrücken – um die Frage, ob Europa als ein Agrarkartell überleben kann, dessen Absurdität selbst einem Meister des Absurden wie Ionesco die Feder gelähmt hätte.

Siebzig Prozent des EG-Budgets fließen in die gemeinsame Agrarpolitik. Diese scheint nur ein einziges Ziel zu haben: Mit Hilfe von schwindelnden Erzeugerpreisen und garantierten Absatzmengen immer größere Überschüsse zu erwirtschaften, die in Europa nicht verzehrt und auf dem Weltmarkt nicht abgesetzt werden können, weil dort billiger produziert und zum Teil noch besser protektioniert wird als hier. Europa, das ist ein institutionalisiertes Duell zwischen Stadt und Land, zwischen Verbraucher und Produzenten, das regelmäßig zugunsten der Bauern ausgeht, weil die Regeln des Agrarkartells auf ihrer Seite stehen.

Dieser Konflikt ist ein Klassiker der europäischen Geschichte, dessen Geburt mit dem Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zusammenfällt – als Maschinenkraft Muskelkraft zu ersetzen begann. Der Arbeiter entwickelte ein naturgemäßes Interesse an niedrigen Lebensmittelpreisen – und sein kapitalistischer Arbeitgeber ebenfalls, weil er so die niedrigstmöglichen Löhne zahlen konnte. Ein Jahrhundert lang blieb dieser Konflikt halbwegs kaschiert, weil die Bevölkerung viel rapider wuchs als die Produktivität der Landwirtschaft. Dann aber – nach dem Zweiten Weltkrieg – fiel die „Agrarrevolution“ über die Bauern her, fataler als jeder Heuschreckenschwarm. Am Anfang dieses Jahrhunderts lebte die überwältigende Mehrheit in den Industriestaaten noch von Acker und Feld; heute produzieren ein paar Prozent der Bevölkerung mehr als der Rest je verbrauchen könnte.

In einem freien Agrarmarkt, den es übrigens nirgendwo in der industrialisierten Welt gibt, hätte sich das Problem von alleine gelöst. Angebot und Nachfrage hätten sich über den Preis eingependelt; der „Überschuß“ an Wein- und Weizenproduzenten hätte sich auf die gleiche Weise verringert wie der von Kutschenmachern und Handwebern. Indes leben wir in einer pluralistischen Demokratie, in der die Gutorganisierten – Stahlarbeiter oder Bauern – einen besseren Zugriff auf das Bruttosozialprodukt genießen als die Schlecht- oder Nichtorganisierten, sprich: die Verbraucher.

Der Verbraucher ist ein unwägbares Wesen, Stahlarbeiter aber entscheiden Wahlen in Nord-

rhein-Westfalen, Bauern in Schleswig-Holstein. In der EG summiert sich die Macht solcher Gruppen zwölffach. Margaret Thatcher war in Brüssel der einzige Regierungschef, der die Sache mit un-britischer Taktlosigkeit auf den Punkt brachte: „Ich bekomme mein zusätzliches Geld, Sie das Ihre, und er bekommt das Geld, das er haben will.“ Die Folge von überschießenden Preisen sind die bekannten Wein- und Milchseen (und an die Sowjetunion verschleuderte Butter), aber auch mehr: eine mörderische „Steuer“ für 300 Millionen Verbraucher, eine gigantische Fehlleitung von Ressourcen in Höhe von 55 Milliarden Mark. Gerechtigkeit für die Bauern? Sie soll und muß sein. Wo aber bleibt bei derlei Summen die Gerechtigkeit für alle anderen?

Ohne die eiserne Frau Thatcher (die ihre Wahlen bereits gewonnen hat) wäre diese Frage wahrscheinlich auch auf dem Brüsseler Gipfel nach bekannter Manier in den Akten vergraben worden: Meine Bauern bekommen dieses, deine jenes – und das Geld dafür holen wir uns morgen. Zehn Milliarden fehlen schon in diesem Jahr in der Agrarkasse; es gibt Schätzungen in der EG-Kommission, wonach im nächsten Jahr das Doppelte dräue. „Man kann nur dann Wasser in die Badewanne laufen lassen“, diktierte Frau Thatcher ihren Kollegen ins Protokoll, „wenn man zuvor einen Stöpsel hineingesteckt hat.“

Der „Stöpsel“ ist winzig, aber ein Anfang wurde gemacht. Gegen den hinhaltenden Widerstand der Deutschen wurden die Preise für fast alle Getreidearten um sechs Prozent gesenkt, etwas, was die Franzosen seit de Gaulles Zeiten fordern und was hoffentlich auch den Verbrauchern in der gesamten EG zugutekommen wird. Dafür kam es zum deutsch-französischen Kompromiß in der Frage des Grenzausgleichs, der dafür sorgt, daß die deutschen Bauern nicht weniger kassieren, wenn die deutsche Mark steigt und steigt. Die EG-Kommission hatte für den sofortigen Abbau des Grenzausgleichs plädiert, der wie eine Subvention bei Exporten in Weichwährungsländer und wie eine Steuer auf Importe aus solchen Staaten wirkt. Diese Zahlungen sollen nun im Laufe der nächsten zweieinhalb Jahre abgebaut werden, wobei – wie Regierungssprecher Ost vorsorglich vermerkte – keine Verluste für die deutschen Bauern entstehen sollen, will wohl sagen: der Bonner Finanzminister einspringen wird.

Die EG – sie bewegt sich doch. Daß dabei die Regierung Kohl notgedrungenweise die Rechnung bezahlt, ist nicht nur eine Sache von DM und ECU. Der Export- und Industriegigant Bundesrepublik lebt praktisch von dem Zollverein der Zwölf und seinen fast freien Märkten. Dies bürdet Bonn eine Verantwortung auf, die vom Eigeninteresse zehrt. Freilich ist die Pleite der EG noch längst nicht abgewendet. 4